

KURT EISNER

Von Dr. Heinz Vestner

Wer durch die Münchner Innenstadt schlendert, begegnet drei „Denkmälern“ für Kurt Eisner. Erstens einer begehbaren Glasstele mit der Inschrift : „Jedes Menschenleben soll heilig sein..“ , ganz in der Nähe des Münchner „Hauptquartiers“ der SPD am Oberanger. Zweitens am ehemaligen Mathäserbräu nahe dem Stachus/Karlsplatz, einer Stele in ähnlicher Form. Drittens an einer Bodenplatte in der Kardinal-Faulhaber-Straße, genau dort, wo er am 21. Februar 1919 erschossen wurde.

Lange Zeit hatte sich die „staatstragende“ bayerische CSU erbittert gegen alle drei gewehrt – übrigens auch gegen die Kurt-Eisner-Straße draußen im hochhausbewehrten Stadtviertel Neuperlach, unweit vom Karl-Marx-Ring und dem Friedrich-Engels-Bogen. Vermutlich meiden die CSU-Amigo-Demokraten diese Gegend wie der Teufel das Weihwasser – obwohl sie ja so stolz auf ihren „Freistaat Bayern“ sind.

Wahrscheinlich wissen sie gar nicht, dass sie diesen „Ehrentitel“ ausgerechnet dem besagten Kurt Eisner verdanken. Der hat ihn nämlich als erster „bairischer“ Ministerpräsident offiziell proklamiert mit den Worten: „Die Dynastie Wittelsbach ist abgesetzt. Bayern ist fortan ein Freistaat!“ Gemeint hat Eisner damit: eine Republik, und zwar eine Räterepublik. Die *Bairische Räterepublik* nämlich, zu der es allerdings erst später kommen sollte. Tatsächlich mit „i“ und nicht mit „y“, denn das „y“ hatte erst König Ludwig I. eingeschmuggelt, weil es vornehmer aussah. Das aber war dem schon immer antimonarchistisch gesinnten Eisner gar nicht recht.

Das war am 8. November 1918 im Montgelas Palais der Wittelsbacher-Dynastie. Ihr letzter Repräsentant, König Ludwig III., war kurz vorher geflohen, gewissermaßen als Vorbild für den deutschen Kaiser Wilhelm II., dem größtenwahnsinnigen Kriegszünder und politischem Kretin.

Noch hing das deutsche Giftgas in den Schützengräben bei Verdun, die britischen „tanks“, die ersten Panzer der Kriegsgeschichte, begannen an Land zu rosten, ebenso wie die deutschen U-Boote, ihrerseits eine „Novität“ der Militärgeschichte, auf dem Meeresgrund. Aber der bis dahin mörderischste aller Kriege war endlich zu Ende durch den Waffenstillstand am 11. November 1918 im Wald von Compiègne, später besiegelt im „Diktat von Versailles“, das tatsächlich ein solches war und die Brut des Faschismus und des nächsten, noch mörderischen Krieges in sich trug.

Der „Burgfrieden“, den die SPD- Reichstagsfraktion durch ihre Zustimmung zu den Kriegskrediten (mit Ausnahme des einzigen Karl Liebknecht) 1914 geschlossen hatte, war zerplatzt wie eine bluttriefende Seifenblase: 10 Millionen tote und 20 Millionen teils schwerverletzte Soldaten haben die Historiker gezählt. Millionen von Menschen waren an Hunger oder Seuchen gestorben.

Schon während des Krieges hatte es wachsenden Widerstand gegen den imperialistischen Krieg und die Politik der SPD gegeben – bereits 1916 hatten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht den „Spartakusbund“ gegründet, im Jahr darauf gründete der linke Flügel der SPD die USPD, der sich auch Kurt Eisner anschloss, weil er mittlerweile vom Kriegsbefürworter zum leidenschaftlichen Kriegsgegner geworden war. Ebenfalls noch während des Krieges, 1917, hallte dann der Donnerschlag durch die ganze Welt: Die Oktoberrevolution unter Führung des „Bolschewiken“ Lenin hatte im Oktober 1917 gesiegt und sich Atemluft verschafft für die Schaffung der späteren Sowjetunion durch den deutsch-russischen Knebelvertrag von Brest-Litowsk vom 3. März 1918.

Zu diesem Zeitpunkt waren die einst so siegestrunkenen deutschen Soldaten, verblendet von Nationalismus, deutscher Großmannsucht und dem „Burgfriedensgesäusel“ der SPD, schon längst kriegsmüde geworden und begriffen allmählich, dass sie als Kanonenfutter missbraucht worden waren. Kompanie nach Kompanie verweigerte den Gehorsam, meuterte in offener Rebellion gegen ihre Offiziere. Am 3. November 1918 kam es in Kiel, dem Heimathafen der deutschen Ostseeflotte, zum offenen Aufstand der Matrosen und zur Gründung eines Arbeiter- und Soldatenrats. Es war der Auftakt zur „Novemberrevolution“ in ganz Deutschland. Selbst in den Schützengräben widerhallte das Echo der Oktoberrevolution und die Botschaft der „sowjets“, der Rätedemokratie, aus Moskau und Leningrad.

Ganz Deutschland war kriegsmüde und lag darnieder, die Menschen hatten nicht nur ihre Söhne verloren, sondern hungerten. Ein Angebot der jungen Sowjetunion, Getreide zu liefern, wurde vom am 9. November 1918 gebildeten „Rat der Volksbeauftragten“ abgelehnt. Die Kriegsniederlage, später verschärft durch das „Versailler Diktat“, hatte ein politisches Vakuum geschaffen, die Macht lag im wörtlichen Sinn auf der Straße, nicht in Amtsstuben oder Parlamenten. Und selbstverständlich versuchte die historisch eigentlich kompromittierte SPD als „Retterin“ sogleich in dieses Machtvakuum hineinzustoßen. Ihre Gründerväter Liebknecht und Bebel waren schon vorher gestorben

Das war aber nicht so einfach. Denn ausgehend vom Aufstand der Matrosen der deutschen Ostseeflotte in Kiel am 3. November 1918 entstanden überall im Land Arbeiter- und Soldatenräte – von Kiel bis Friedrichshafen, in Berlin, Hamburg, Leipzig, Düsseldorf, auch in bayerischen Städten, vor allem in München. Überall kam es zu politischen Streiks und bewaffneten Auseinandersetzungen, Besetzungen von Regierungsgebäuden und dergleichen. Sie gipfelten im sogenannten *Spartakus-Aufstand* in Berlin, der vom SPD-Reichsminister Gustav Noske blutig niedergeschlagen wurde. Quer durch ganz Deutschland überschlugen sich die Ereignisse.

Zweifellos war in Deutschland eine Revolution im Gange. Aber im Gegensatz zur russischen verlief sie „von unten“, spontan, unkoordiniert, ohne zentrale Führung wie in Russland, man kann und muss sagen: chaotisch. Vielleicht wären Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, den Gründern der historisch zu spät gegründeten KPD (1918/19), in der Lage gewesen, in die (deutschen) Fußstapfen Lenins zu treten, wohl ein Grund dafür, dass sie beide schon am 15. Januar 1919 von einem „Freikorps“ ermordet wurden, mit Wissen des SPD-Reichswehrministers Gustav Noske, später „Bluthund der Revolution“ genannt.

Eigentlich war es keine Revolution, sondern „nur“ eine Kette revolutionärer lokaler und regionaler Aufstände unter Führung der Arbeiter- und Soldatenräte, die überall wie Pilze aus dem Boden schossen, angefeuert vom Sieg der russischen Oktoberrevolution und der mittendrin neu, aber spät gegründeten KPD. Immerhin schafften sie es, vom 16. bis 21. Dezember 1918, in Berlin den 1. Allgemeinen Rätekongress zu organisieren. Aber was tat der? Er übertrug dem am 9. November gegründeten „Rat der Volksbeauftragten“, leider mit einer SPD- und USPD-Mehrheit, die legislative und exekutive Gewalt! Damit hatte sich, im Rückblick betrachtet, die Rätebewegung und damit die Novemberrevolution selbst den Todesstoß versetzt, ohne es zu wissen. Denn die daraus hervorgehende „Provisorische Regierung“ bestand fast ausschließlich aus SPD- und USPD-Mitgliedern mit ehemaligen Kriegsbefürwortern wie Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann – eben jener, der am 9. November 1918 hektisch zwei Stunden vor Karl Liebknecht von einem Fenster des Reichstagsgebäudes aus die parlamentarische Republik ausgerufen hatte, um dessen Ausrufung einer „sozialistischen (Räte-)Republik“ zuvorzukommen.

Sie war wieder auferstanden wie Phoenix aus der Asche – die historisch blamierte SPD, seit 1914 längst nicht mehr die Partei Bebels und Liebknechts, deren ehrliches Ziel noch der Sozialismus war, so wie auch beim Spartakusbund und den zahllosen Arbeiter- und

Soldatenräten. Aber genau das sollte verhindert werden, darin waren sich SPD, der noch intakte wilhelminische Staatsapparat und die ebenfalls noch intakte Oberste Heeresleitung unter Hindenburg, Ludendorff und Groener einig. Großzügige finanzielle Unterstützung seitens der Wirtschaftsbosse wie Stinnes, Thyssen und Krupp fanden sie mühelos.

So kam es am 10. November 1919 zum schamlosen Geheimabkommen zwischen dem frisch ernannten Reichskanzler Ebert und der Obersten Heeresleitung zu einem Geheimabkommen zwecks „Verhinderung des terroristischen Bolschewismus in Deutschland“ (Paul Hindenburg). Dazu wurden aus dem alten, aber kriegsmüden und häufig meuternden Reichsheertruppen Freiwilligentruppen gebildet, die „Freikorps“, die alsbald wie eine mordende Soldateska gegen die Arbeiter- und Soldatenräte vorgingen. Zuerst in Berlin, dann in Sachsen, in Thüringen, in München -- offen oder heimlich gesteuert von der SPD-Führung mit Leuten wie Ebert, Scheidemann und Noske, befehligt von wilhelminischen Exgenerälen und Offizieren. Die fast schon notorische Uneinigkeit der deutschen Linken begünstigte diese konterrevolutionäre Strategie. Nur in Bayern schien eine politische Einheit der Linken erreicht zu sein, und zwar im „Freistaat Baiern“ mit Kurt Eisner an der Spitze und erstem gewählten bayerischen Ministerpräsidenten – was die heutige „staatstragende“ CSU bis heute nicht wahrhaben will. Die zählt nur von Hans Ehard bis Horst Seehofer.

Wer war dieser Mann aber wirklich?

Geboren wurde er am 14. Mai 1867 in Berlin als Sohn eines jüdischen Unternehmers und dessen ebenfalls jüdischer Ehefrau in Berlin. Dort ging er auch zur Schule. Dort begann er denn auch sein Studium in den Fächern Philosophie und Germanistik, seine Doktorarbeit über Achim von Arnim allerdings hat er 1889 abgebrochen – er wollte lieber Journalist werden. Was er auch geschafft hat, zunächst ab 1890 bei der *Frankfurter Zeitung* und der *Hessischen Landeszeitung* – alles mit antimonarchistischer Gesinnung und einer zunächst gehörigen Prise Marx-Distanz. Er hielt es lieber mit Kant und dem Neukantianismus, seine persönliche Annäherung an Marx kam erst später im Verlauf seiner journalistischen und politischen Tätigkeit. Einen Namen machte er sich vor allem als Nietzsche- und Theaterkritiker, schließlich war er ja auch selbst Schriftsteller.

1892 wurde dann ein wichtiges Jahr in seinem Leben: Kaum hatte er Elisabeth Hendrich geheiratet, wurde er wegen Majestätsbeleidigung zu 9 Monaten Haft verurteilt, was die Bebel-Liebknecht-SPD auf ihn aufmerksam machte. In den folgenden Jahren bastelte er an seiner „Synthese von Kant und Marx“ in Richtung eines „ethischen Sozialismus“. Das wiederum gefiel dem damals noch lebenden Wilhelm Liebknecht, der ihn zum Redakteur des SPD-Blattes *Vorwärts* berief, „um das Blatt journalistisch zu heben“. Bebel willigte mürrisch ein. Natürlich musste Eisner deswegen auch SPD-Mitglied werden, was ihm aber nicht schwer fiel. Denn in und mit dieser Partei glaubte er, seinen „ethischen Sozialismus“ verwirklichen zu können.

Das war 1898, Eisner hatte es inzwischen auf fünf Kinder mit Elisabeth gebracht und 1900 seinem Förderer Liebknecht die erste Biografie überhaupt gewidmet, denn der war im gleichen Jahr gestorben und musste die schändliche Rolle „seiner“ SPD im Zuge des 1. Weltkriegs nicht mehr erleben, wie auch August Bebel nicht, der seinem Kampfgefährten Liebknecht 1913 in den Tod folgte. Eisner handelte als Redakteur durchaus im Sinne Liebknechts, was 1905 zum sogenannten „Vorwärts-Konflikt“ führte, weil es Differenzen innerhalb der Redaktion gab, denn es war die Zeit der Kautsky-Bernstein-Differenzen innerhalb der SPD. Eisners Verdienst war es dabei dem *Vorwärts* eine „Linksverschiebung“ zu verpassen.

Bis dahin blieb Eisner deutsch-jüdischer Berliner. Erst 1907 verließ er Berlin, wobei er seine ganze Familie zurückließ. Seine Ehe war nämlich schon längst zerrüttet, wurde aber erst

1917 geschieden. Seine neue „Heimat“ wurde Nürnberg, weil „die Menschen dort viel freiheitlicher gesinnt sind, weil ihnen die preußische Überdisziplin fehlt“. Dort arbeitete er für die sozialdemokratische *Fränkische Tagespost*, wo er Elsa Belli kennenlernte – eine „Affäre“, die SPD-intern prompt als „Skandal“, als „causa belli“, breitgetreten wurde und ihn seine SPD-Kandidatur im Wahlkreis Dessau kostete. Erst 1917 wurde aus der „Affäre“ mit ihr eine neue Ehe, der immerhin zwei Töchter entsprangen. Zu diesem Zeitpunkt, ab 1910, lebte Eisner ja schon lange in München und arbeitete als „fester Freier“ für die sozialdemokratische *Münchner Post*, mittlerweile, seit 1917, war er wegen der SPD-Kriegspolitik Mitglied der USPD. Zu Kriegsbeginn war er noch Befürworter des imperialistischen Krieges gewesen. Fortan trat er in seinen Zeitungsartikeln und öffentlich jedoch leidenschaftlich dagegen auf.

Das damalige München war ein anderes als das heutige, da gab es noch die von Eisner so ersehnte „freiheitliche Gesinnung“ in Form einer literarisch-politischen Bohème. Hier fühlten sich anarchistisch-pazifistische Dichter wie Erich Mühsam, Ernst Toller, Oskar Maria Graf und Künstler wie Franz Marc, Kandinsky und die freisinnige Gräfin Reventlow wohl in ihren Schwabinger Cafés und Zirkeln. Fast alle hat Eisner dort kennengelernt, was ihm seitens seiner politischen Gegner später den gehässigen Vorwurf einbrachte, mehr Bohémien als Politiker zu sein. Vor allem in den wöchentlichen Gesprächsrunden im Wirtshaus „Zum goldenen Anker“, die er als Redner und Versammlungsleiter seit Dezember 1916 wöchentlich leitete, meist zum Thema Kriegspolitik. Das machte ihn natürlich populär und zu einer Art Leitfigur innerhalb der Münchner und bayerischen USPD, deren Aufbau er in vorderster Front vorantrieb. Dabei blieb er stets „ethischer Sozialist“, Idealist, sein Credo lautete „Ich kenne nur eine Realpolitik des Idealismus“. Und genau deshalb wurde er auch zum ersten bayerischen Ministerpräsidenten – und zum Mordopfer, zum Märtyrer.

Und das kam so.

Über seine Arbeit für die bayerische USPD hinaus hatte Eisner schon im Januar 1918 einen politischen Streik der Münchner Munitionsarbeiter organisiert und war deshalb zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden, aus der er am 14. 10. 1918 nur deshalb vorzeitig entlassen wurde, weil ihn die USPD als Reichstagskandidaten nominierte. In München kam der Revolutions-Tsunami überraschenderweise sogar früher an als in der Reichshauptstadt Berlin, nicht zuletzt dank Eisner.

Die Lage in München und Bayern hatte sich im Verlauf der Kriegsjahre erheblich verschärft: Immer mehr tote, verstümmelte oder verletzte Söhne mussten beklagt werden, die Versorgungslage war katastrophal, die Reallöhne sanken rapide, was auch die Handel- und Gewerbetreibenden schmerzte, in München kam es zu einer Hungerdemonstration von Frauen, die Bauern ächzten unter den staatlich festgesetzten Zwangsabgaben. So wurden aus früheren Staatstreuen mehr und mehr Staatsverneiner. Die Soldaten der Münchner Garnison hatten keine Lust mehr, sich auf den Schlachtfeldern eines längst verlorenen Krieges verheizen zu lassen.

Zu diesem Zeitpunkt war Eisner schon lange zu einer Leitfigur der Münchner Kriegsgegner geworden und trat im Landtagswahlkampf offen gegen die noch immer kriegswillige SPD unter Führung von Erhard Auer auf. Am 7. November führte er im Anschluss an eine Massenkundgebung auf der Theresienwiese im Schulterschluss mit dem linken Flügel des Bayerischen Bauernbundes unter Führung von Ludwig Gandorfer einen großen Demonstrationzug zunächst zur Münchner Garnison der Reichswehr und von dort ins Stadtzentrum an. Fortan stand die Münchner Garnison hinter ihm und seinen Forderungen. Denn Eisner war nicht nur „ethischer Sozialist“, sondern auch ein begnadeter Redner, eine Art Volkstribun mit wallendem Dichterbart à la Tolstoi und mit einem untrüglichen Gespür für das, was die Massen in München und ganz Deutschland wollten: Frieden und König und

Kaiser loswerden. Noch in der darauf folgenden Nacht wurde Eisner in der ersten gemeinsamen Sitzung der Münchner Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte unter Jubelstürmen zu deren Vorsitzendem gewählt und proklamierte im Mathäserbräu die Republik Baiern als „Freistaat“: „Die Dynastie Wittelsbach ist abgesetzt! Bayern ist fortan ein Freistaat!“ Dieser Tag wurde zum Fanal für die bayerische Revolution und die Bildung von Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten im ganzen Land.

Wiederum am nächsten Tag – die Ereignisse überschlugen sich – floh König Ludwig III. aus München und Eisner wurde im Montgelas Palais vom Münchner Arbeiter- und Soldatenrat zum ersten Ministerpräsidenten der neuen bayerischen Republik gewählt und bildete ein Kabinett aus SPD- und USPD-Ministern. Er selbst übernahm, noch unter dem Eindruck des Krieges stehend, das Außenministerium.

Getreu seinem „ethischen Sozialismus“ hieß es in seinem „Aufruf an die Bevölkerung Münchens“: „Der Bruderkrieg der Sozialisten ist für Bayern beendet. Auf dieser revolutionären Grundlage, die jetzt gegeben ist, werden die Arbeitermassen zur Einheit geführt.“ Im gleichen Aufruf kündigte er sofortige Friedensanstrengungen seiner Regierung und die Wahl einer konstituierenden Nationalversammlung an. Weiterhin hieß es im Aufruf: „Bayern will Deutschland für den Völkerbund rüsten. Die demokratische und sozialistische Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt.“ Das hörten Auer in München und Ebert in Berlin mit tief gefurchter Stirn und erwogen sofort Gegenmaßnahmen.

Die formelle Bestätigung als Ministerpräsident lieferte die Abdankungserklärung des Königs von seinem Zufluchtsort Schloss Anif nahe Salzburg aus. Das war am 12./13. November. Damit waren die bayerischen Soldaten und Beamten von ihrem Treueeid entbunden und Eisner unterstellt.

Aber das Schicksal ließ Eisner nur knapp 100 Tage Zeit bis zu seiner Ermordung, die politischen Verhältnisse in München, Bayern und im „Reich“ sprachen gegen ihn. Er kämpfte einen harten, aber nur kurzen Kampf. Dafür sorgten nicht nur die wieder offen auftretenden konservativ-reaktionären Kräfte, sondern vor allem die wiedererstarke SPD im ganzen „Reich“ mit ihrem bayrischen Statthalter Auer. Es kam ihnen sehr zupass, dass Eisner in seiner Eigenschaft als bayrischer Außenminister die Geheimberichte der königlich-bayrischen Regierung während des Krieges veröffentlichte, um die deutsche Kriegsschuld zu beweisen und so Friedensverhandlungen mit den Mächten der Entente zu erleichtern. Denn damit zog er sich endgültig die Feindschaft der Militärs zu, vom nach wie vor reichspatriotischen Bürgertum wurde er als „Landesverräter“ betrachtet und geriet deswegen am 25. November prompt in einen offenen Konflikt mit der SPD-geführten Reichsrepublik unter Ebert, dem die Ereignisse in München ohnehin ein Dorn im Auge waren.

Hinzu kam Eisners unentschlossene Haltung in der Frage, ob „Räte oder Parlament?“, Räte Demokratie oder parlamentarische Demokratie, wohin ihn selbst seine eigenen Minister drängten, darunter natürlich der SPD-Minister Erhard Auer, sein heimlicher Gegenspieler auf der Linie Eberts. Sozialdemokratismus eben. Eisners Losung lautete nämlich: „Räte und Parlament!“ Seiner eigenen Vorstellung nach sollten die Räte nur eine beratende und Kontrollinstanz gegenüber dem erst noch zu wählenden Landtag, ohne legislative und exekutive Gewalt bleiben. Dem zugrunde lag seine Konzeption einer „produktiven Demokratie, in der die Bedürfnisse und Interessen aller Gesellschaftsschichten und Parteien vereint sein sollten.“ Er schrieb: „Wenn wir verhindern wollen, dass auch die neue Demokratie sich in einem leeren, unfruchtbaren Parlamentarismus verliert, müssen die Berufsparlamente, die Räte, daneben lebendig bleiben. Die Nationalversammlung oder der Landtag muss souverän sein, aber die Arbeiter bilden ihr eigenes Parlament, sie verhandeln

ihre eigenen Angelegenheiten ... Aber die Arbeiterräte sollen noch mehr sein. Sie sollen Aufsichtsorgane des gesamten öffentlichen Lebens des Bezirks, in dem sie eingesetzt sind, sein. Sie sollen das öffentliche Leben kontrollieren ... nicht als Exekutivorgane, aber als Kontrollorgane, als kritische Organe. ... Die Arbeiterräte sollen eine Art lebendige Presse sein.“

Aber dieses „und“ war eine nicht auflösbare politische Crux. Das machte ihn zwar der politischen Rechten und der SPD nach außen hin genehm, die fieberhaft versuchten, nach dem Untergang der Monarchie einen „reinen“ Parlamentarismus einzuführen und die Räte auszuschalten. Aber selbst dieses Kompromiss-Ideal Eisners war ihnen noch zu viel – sie drängten auf möglichst baldige Landtagswahlen, um ihren „Parlamentarismus“ zu etablieren. Auch seitens der revolutionären Linken, wie den eher anarchistisch-pazifistisch geprägten Erich Mühsam, Gustav Landauer, Ernst Toller und dem Münchner KPD-Chef Max Levien geriet Eisner unter Beschuss. Ihnen galt er als nicht durchsetzungsfähig genug. Seine „Realpolitik des Idealismus“ war ihnen zu blass, zu schwammig, nicht radikal genug im historischen Augenblick, wo die Macht (noch) auf der Straße lag. Die Kommunisten sprachen von einer „halben Räte-demokratie“ Eisners. Es kam deshalb u.a. zur Gründung des „Revolutionären Arbeiterrats“, kurz RAR, der eigenständige revolutionäre Aktionen unternahm wie z. B. die Besetzung von Münchner Zeitungsredaktionen unter dem Motto „Sozialisierung.“, der sich Eisner widersetzte, seinen Idealen treu und weil er sie unter den gegebenen Umständen für verfrüht hielt.

Zähneknirschend stimmte der so in die Isolation geratene Eisner schließlich den vorgezogenen Landtagswahlen am 12. Januar zu. Sein eigenes Kabinett hatte ihn überstimmt. Opposition und Reaktion jubelten und planten schon klammheimlich seinen Sturz. Die Presse verstärkte ihre Hetz- und Verleumdungskampagne, die Pfaffen auf dem flachen Land halfen eifrig mit. Die (revolutionäre) Stimmung drohte zu kippen. Und tatsächlich bekam er für seine unentschlossene Haltung bei den Landtagswahlen am 12. Januar 1919 die Quittung: „Seine“ USPD errang nur niederschmetternde 3 von 180 Mandaten, die SPD 61, die Bayerische Volkspartei sogar 66, die Kommunisten waren erst gar nicht angetreten. Das war ein bitterer Tag für Eisner, und es wurde immer einsamer um ihn. Das Wahlergebnis kommentierte er voller Bitterkeit so: „Die Mehrheit der Bürgerlichen sollen nun bürgerliche Politik betreiben. Wir werden sehen, ob sie regierungsfähig sind. Inzwischen sollen die Räte ihr Werk tun, die neue Demokratie aufbauen. Ich sehne mich danach, dass die Sozialisten ohne Unterschied der Richtung wieder Opposition werden.“ Von allen Seiten hagelte es Rücktrittsforderungen. Die Münchner Pressemedien prügeln Tag für Tag auf ihn ein. Bewusste Falschmeldungen über seine Politik wurden lanciert, seine jüdische Herkunft breitgetreten, die Rechte beschimpfte ihn als „jüdischen Bolschewisten“, was im Bürgertum und in der Landbevölkerung auf fruchtbaren Boden fiel.

Tatsache ist: Kaum einen Schritt in Richtung Sozialismus konnte er in seiner so kurzen Amtszeit und angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Lage realisieren. Banken und Wirtschaftsunternehmen blieben unangetastet, der gesamte Regierungs- und Beamtenapparat ebenso. Durchgesetzt wurde allerdings der Acht-Stunden-Tag, das Frauenwahlrecht und die Aufhebung der kirchlichen Schulaufsicht, was dem erzkatholischen Kardinal Faulhaber die Zornesröte in´s Gesicht trieb und er die Eisner-Regierung als „Zorn Jehovas“ beschimpfte – jener Kardinal, nach dem die ehemalige Promenadestraße heute benannt ist. Seltsamer bayrischer Humor. Eben jene Straße nämlich, in der Kurt Eisner am 21. Februar 1919 von dem Studenten Graf von Arco, Mitglied der stockreaktionären Thule-Gesellschaft, erschossen wurde, am helllichten Tag, auf dem Weg zum bayerischen Landtag, begleitet von zwei Leibwächtern und seinem Sekretär Fechenbach, der ihm beim Verlassen des Hotels *Bayrischer Hof* noch bat, den Hinterausgang zu benutzen, weil es Morddrohungen

gab. Aber Eisner lehnte ab mit den Worten: "Man kann einem Mordanschlag auf die Dauer nicht ausweichen., und man kann mich ja nur einmal totschießen." Nur wenige Schritte weiter, und dies stolze Wort wurde Wirklichkeit.

In seiner Aktentasche wurde seine geplante Rücktrittserklärung gefunden. Es scheint, als sei Eisner zerrieben worden im Spagat zwischen Räterepublik und Parlamentarismus, Rechts und Links, während die vom SPD-Minister Noske organisierten „Freikorps“ sich schon aufmachten, um gen München marschieren, um „seine“ Räterepublik zu zerschlagen.

Am 26. Februar 1919 folgten etwa 100.00 Menschen seinem Sarg von der Theresienwiese zum Ostfriedhof, von wo ihn 1933 die Nazis umbetteten auf den Neuen Israelitischen Friedhof, neben seinem Freund Gustav Landauer, ebenfalls von Freikorps-Schergen ermordet, zehn Wochen nach Eisner. Juden und „Bolschewiki“ eben. Das Grabdenkmal auf dem Ostfriedhof wurde natürlich zerstört.

In seinem mehr als lesenswerten autobiographischen Roman *Wir sind Gefangene* hat ihm

Oskar Maria Graf ein kleines Denkmal gesetzt:

Unerregt saß alles da, und blickte auf einen Tisch vorne, hinter dem ein nicht sehr großer Mann mit wallendem grauen Haupthaar, einem ebensolchen Schnurr- und Spitzbart stand und eine Rede hielt. Einen Kneifer trug er, hinter dem sehr bewegliche kleine Augen saßen. Hin und wider unterstrich er irgendeinen Satz mit einer kurzen Armbewegung oder streckte den Zeigefinger wie ein Schullehrer in die rauchige Luft. ... Seine Kleidung war lässig, und alles an ihm machte den Eindruck von einem pensionierten Schulrat oder Professor. ... Der Mann hob die Stimme und rief mit bewegtem Oberkörper: „ 1914 hat die Sozialdemokratie Deutschlands versagt. Das Proletariat wurde schändlich, erbärmlich verraten von seinen Führern. Das Blutbad begann. Jetzt aber zeigen sich die ersten Zeichen des Erwachens! Alle Drohungen, alles, was man so ausgiebig benutzt, um jedes revolutionäre Wollen zu unterdrücken – Kriegsgesetze,, Einkerkelungen, Füsilierungen und alle sonstigen Verordnungen werden diesen Willen der Massen nicht mehr aufhalten, nicht mehr ausrotten können! ... Es handelt sich, darüber müssen wir uns alle klar werden, um eine Fortbewegung in die Revolution hinein!“ Der Mann wischte sich die nasse Stirn ab. Beifall erscholl von allen Seiten. Ich lebte auf.

Teil II

Die Wogen der Empörung nach der Ermordung Eisners schlugen hoch – in den Wohnungen, auf den Straßen, sogar im Parlament. Im soeben zusammengetretenen Landtag kam es zu Tumulten, in deren Verlauf zwei Abgeordnete erschossen und der Ränkeschmied Erhard Auer (SPD) schwer verletzt wurde durch den Arbeiter Lindner. Die Sitzung wurde vertagt. Kurz darauf, am 21./22. Februar konstituierte sich der „Zentralrat der bairischen Republik“ als provisorische Regierung unter der Führung von Ernst Niekisch (SPD), zusammen mit dem anarchistischen Schriftsteller Ernst Toller, dem Anarchisten Erich Mühsam und dem Pazifisten Gustav Landauer. Noch hielten sich die noch „jungen“ Kommunisten unter Max Levien fern, weil sie das Ganze für eine „Schein-Räterepublik“ hielten und misstrauisch waren gegenüber einem drohenden Übergewicht von SPD und USPD – nicht ganz zu Unrecht, wie sich später noch zeigen sollte. Noch während ganz München um Kurt Eisner trauerte, traten auch Nürnberg, Augsburg, Würzburg, Rosenheim, Schweinfurt, Ansbach und

andere bayrischen Städte der Räterepublik bei, und überall dort traten die Arbeiter in den Generalstreik. Noch lag die Macht auf der Straße.

Am 7. März trat der Landtag erneut zusammen und wählte den SPD-Mann Johannes Hoffmann zum neuen bayrischen Ministerpräsidenten – nicht gerade zur Freude der Kommunisten. Die Widersprüche zwischen Räte- und parlamentarischer Demokratie verschärften sich, nicht nur im Parlament, sondern auch innerhalb des Zentralrats, der sich teilweise in endlosen Debatten und Querelen selbst zu zerfleischen drohte und wirkungslose Dekrete erließ.

Die Ausrufung der Räterepublik veranlasste am 10. April die gesamte Hoffmann-Regierung zur Flucht nach Bamberg, quasi unter den Schutz des berühmten Bamberger Reiters, von wo aus Hoffmann flugs begann, die Fäden zum Sturz der Räterepublik zu spinnen, gemeinsam mit dem SPD-Reichswehrminister Noske im fernen Berlin.

Der Zentralrat entpuppte sich zunehmend als zerstritten und hilflos, weshalb Hoffmann schon am 13. März einen Militärputsch in München wagte, der aber von den ersten Bataillonen der Roten Armee unter dem Kommunisten Rudolf Egelhofer niedergeschlagen wurde. Denn nur den Kommunisten war bewusst, an Lenin geschult, dass es nicht mehr die Zeit für Verhandlungen war, sondern dass blutige Kämpfe bevorstanden. Deshalb hatten sie fieberhaft mit dem Aufbau der „Roten Armee unter Führung von Max Levien und dem aus Berlin zugroasteten Eugen Leviné damit begonnen, den handlungsunfähigen Zentralrat entmachtet und durch den „Rat der Volksbeauftragten“ ersetzt, dem auch Toller und Landauer angehörten, weiß Gott keine Kommunisten. Schon am 12. April hieß es im KPD-Zentralorgan *Rote Fahne*: „Die Räterepublik ist nicht lebensfähig, und kein noch so großer Heroismus kann sie jetzt dazu machen. Aber es ist nicht möglich, einfach das Geschehene ungeschehen zu machen. Jede Handlung hat in der Geschichte ihre ehernen Konsequenzen. Aber wir Kommunisten sind bereit, als Soldaten der Revolution mitzukämpfen,“

Denn von den angekündigten Maßnahmen der Räteregierung wurde so gut wie keine durchgeführt – nicht die Bildung einer Roten Armee (darum kümmerten sich nur die Kommunisten), nicht der Aufbau einer „sozialistisch-kommunistischen Wirtschaft“. Denn Banken und Fabriken blieben in privater Hand, der gesamte Beamtenapparat einschließlich der Justiz und des Polizeiapparats wurde schlicht übernommen usw. Auch die Zeitungen konnten ungehindert weiterhin ihre „antibolschewistische“ Hetzkampagne betreiben. „Alles wie sonst!“, formulierte es die „Rote Fahne“ der KPD schon am 9. April kurz und bündig. Selbst der einstige Kriegsbefürworter Thomas Mann, gewiss kein Linker, zeigte sich erstaunt. Fairerweise muss man sagen: Für all das war auch kaum Zeit, denn die Ereignisse überschlugen sich Woche für Woche, Tag für Tag.

Hoffmann in Bamberg und Noske in Berlin zogen die Würgeschlinge um München und die bayrische Räterepublik immer enger zusammen, denn unter Rätedemokratie verstanden sie nur Bahnhof, sprich „Bolschewismus“, Teufelswerk. — wie noch Jahrzehnte später Konrad Adenauer, Eisenhower und Reagan.

Am 14. April setzte Noske von Berlin aus seine Soldateska in Form ehemaliger Reichswehrverbände und neugebildeten „Freikorps“ Richtung Bayern in Marsch. Alle anderen bayrisch-rätedemokratischen Städte wurden von den „Weißen“, wie es damals hieß, mühelos eingenommen, vom „bolschewistischen Terror“ befreit, wie es in den Zeitungen triumphierend verkündet wurde. Erst bei Dachau konnte unter der Führung von Ernst Toller der Vormarsch am 16. April gestoppt werden, vorübergehend. Denn das Ziel der Soldateska hieß nach wie vor München, Epizentrum und „Brutstätte“ der Rätedemokratie.

Am gleichen Tag trat der Pazifist Landauer wegen Differenzen mit den Kommunisten zurück, -- obwohl ohne sie die Abwehrfront gegen die Reaktion schon längst zusammengebrochen

wäre. Die Kämpfe wogten hin und her, ohne den Vormarsch der Noske-Hoffmann-Soldateska wirksam stoppen zu können. Auch die ideologische Auseinandersetzung innerhalb des Aktionsausschusses unter Leviné nahmen kein Ende. Toller glaubte immer noch, erfolgreiche Verhandlungen mit Hoffmann und Noske führen zu können, was am 27. April zum Rückzug Levines und der Auflösung des Aktionsausschusses und seiner Neukonstituierung unter Toller führte. Erwartungsgemäß jedoch scheiterten die Verhandlungen, weil die Reaktion eine bedingungslose Kapitulation forderte.

Und so brach das Unheil am 30. April herein. Die Hoffmann/Noske-Soldateska brach in die ersten Münchner Vororte ein und verübte grausame Massaker an Rotarmisten und bewaffneten Arbeitern. Drei Tage leisteten die Rotarmisten und Arbeiter unter Egelhofer erbitterten Widerstand. Im Zentrum der Kämpfe standen der Münchner Hauptbahnhof und der Kiosk am Stachus. Aber dann war es vorbei. Am 3. Mai 1919.

Die Bilanz: mehr als 2000 ermordete oder zu langjährigen Haftstrafen verurteilte Rotgardisten und bewaffnete Arbeiter. Egelhofer, Landauer und Leviné standrechtlich erschossen. Toller und Mühsam zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, nur Levin gelang die Flucht nach Moskau, das selbst noch immer gegen die „Weißen“ kämpfen musste. Der Mörder Eisners hingegen, Graf Arco, wurde später schon nach fünf Jahren aus der Haft entlassen. Selbst der Geist Eisners lebte nicht mehr. Es war sein zweiter Tod.

Mit welcher unmenschlichen Grausamkeit die „Weißen“ vorgehen, zeigt das Beispiel der Ermordung Landauers:

Landauer, der gelehrte Anarchist und Gegner aller Gewalt, wurde im Gefängnishof von Stadelheim niedergeschlagen, unter Lachen und Gegröhl zusammengeschoßen. Er lebte noch, wurde auf den Bauch gewälzt. Der nächste Schuss riss ihm das Herz heraus. Ein Wachtmeister trampelte auf dem noch zuckenden Leichnam herum. Dann raubten sie die Leiche aus.

Am 31. Mai kam es schließlich zur Neubildung einer Koalitionsregierung unter Hoffmann. Am 15. September trat die sog. Bamberger Verfassung für Bayern in Kraft. Erst am 1. Dezember wurde der Kriegszustand über München aufgehoben.

41 Tage hat 1871 die Pariser Kommune überlebt, ehe die letzten Kommunarden zwischen Grabsteinen im Pariser Friedhof Pere Lachaise erschossen wurden von Truppen des Generals Moltke und seines Schergen Thiers. Heute pilgern Tausende von Fans aber nur noch zu den Gräbern von Edith Piaf und Jim Morrison, nicht zu den Gräbern der Kommunarden, schnell verscharrt in Massengräbern.

178 Tage hat die Münchner Räterepublik überlebt, aber wer weiß das schon im CSU-Staat!? Schon immer schreiben die Sieger die Geschichte. Wer baut schon Denkmäler für die Besiegten? Und Weglassen ist dabei ihre wichtigste Methode.